

11.07.2013

André Kuper - MdL,

Bürgermeister a.D.

Kommunalpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

Top 13: Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und der Fraktion der FDP: Drucksache 16/3426 (Neudruck) Kommunale Demokratie stärken – Rahmenbedingungen für das kommunale Ehrenamt weiter verbessern – Mehr Transparenz über die Arbeit in den kommunalen Vertretungen schaffen! sowie den weitergehenden EA der CDU-Fraktion Drs. 16/ Kommunale Demokratie im „Gleichklang“ voran bringen

Anrede,

Kommunalpolitik bedeutet zumeist Ehrenamt. Aber diese „Ehre“ macht viel Arbeit und teilweise auch Ärger – und davor schrecken immer mehr Menschen zurück. Deshalb sollte es in unser aller Interesse sein, die Politik vor Ort zu stärken und damit die kommunale Demokratie.

Hierbei geht es darum, ein besseres Verständnis für die Ratspolitik zu schaffen, denn hier geht es nicht um gut bezahlte Berufspolitiker, sondern um die über 20.000 Bürgerinnen und Bürger in kommunalen Vertretungen, die in den Stadt- und Gemeinderäten, Kreistagen und sonstigen kommunalen Gremien sitzen. Für diese Kommunalpolitiker sind heute vielfach Grenzen des Machbaren überschritten, insbesondere in den größeren Städten NRW's.

Die zu bewältigenden komplexen Sachverhalte und Rechtsmaterien machen die Schwierigkeiten deutlich, die Thematiken bis in die Tiefe zu durchdringen. Das ist aber notwendig, um mit der Verwaltung „auf Augenhöhe“ diskutieren zu können. Für dieses „sich einmischen können“ müssen wir, und da sind wir uns hier im Hause wohl alle einig, die optimalen Bedingungen schaffen.

Bereits im Rahmen des letzten Gesetzgebungsverfahrens wurden fraktionsübergreifend weitere Vorschläge für Verbesserungen aufgezeigt und weitere verbesserungswürdige Umstände für Ehrenamtler benannt, hierzu

gehört u.a. auch die Notwendigkeit eines Mindeststandards für die Ausstattung kommunaler Fraktionen.

Aber nicht nur das Ehrenamt muss weiterentwickelt werden. Auch das Hauptamt muss weiter attraktiv bleiben für alle Gesellschaftsschichten. Kommunale Demokratie muss im „Gleichklang“ voran gebracht werden.

Uns fehlt beispielsweise ein spezielles Bürgermeisterrecht. Hier gibt es aktuell viele Unbekannten. In der Praxis merkt man schon die ersten Schwierigkeiten, geeignete und vor allem auch qualifizierte BewerberInnen und Kandidaten für das Bürgermeisteramt zu finden. In Sachsen ist es bereits heute schon keine Seltenheit mehr, dass sich keine Kandidaten mehr finden. Dort gab es bereits im vergangenen Jahr in 12 von 33 Orten keine Gegenkandidaten, die zur Auswahl standen. Immer häufiger werden Bürgermeisterkandidaten per Zeitungsannonce landesweit gesucht. Wenn bald kein Kandidat mehr gefunden wird, verspielen die Kommunen ihr Selbstverwaltungsrecht!! Wie gut kann Demokratie denn noch funktionieren, wenn es keine demokratischen Auswahlmöglichkeiten der Bürger gibt?

Aber wer kann es sich heute noch beruflich wie familiär leisten, für ein zeitlich befristetes kommunales Wahlamt seinen Beruf aufzugeben? Und was ist dann zu gestalten? Sparhaushalte, Nothaushalte, wenig Erfolge und viel Ärger.

Deshalb wollen wir mit unserem Entschließungsantrag u.a. aus der bisherigen reinen „Ehrenamtskommission“ eine weitergehende „Kommission zur Stärkung der kommunalen Demokratie“ entwickeln. Diese Kommission soll notwendige Anforderungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen des kommunalen Ehrenamtes **und kommunalen Hauptamtes aufzeigen** sowie entsprechende Lösungsmöglichkeiten mit dem Ziel erarbeiten, die Attraktivität des kommunalen Ehrenamtes sowie des Hauptamtes für alle Bürgerinnen und Bürger zu stärken.

Dabei sollen u.a. die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit des kommunalen Ehrenamtes mit Familie und Beruf, **rechtliche Optimierungen der Stellung der OBs, BMs und Landräte im Rahmen eines „Bürgermeistergesetzes“**, die **rechtliche Optimierungen der Stellung der**

ehrenamtlichen Bürgermeister und Ortsvorsteher sowie die **Einführung** einer **niederschweligen Sperrklausel** thematisiert werden.

Wir möchten und haben Ihnen das mit dem Entschließungsantrag vorgelegt, dass es also nicht nur um das ehrenamtliche Ratsmandat in dieser Kommission geht, sondern auch um das Hauptamt – um die gesamte kommunale Demokratie zu stärken. Im Gleichklang, wie es auch im optimalen Fall vor Ort in den Städten, Gemeinden und Kreisen laufen soll, sollen Hauptamt und Ehrenamt wieder so attraktiv werden, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger dafür interessieren, einsetzen und mitmachen.